39 / 2012 www.SBL2013.de 07.12.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
diese Woche war im Wahlkreis richtig was los…. ich freu mich, dass ich auch viele von euch bei meinen Veranstaltungen habe begrüßen können. Und es herrscht gute Stimmung und Dialogbereitschaft vor Ort! Ob bei dem Fachgespräch zur „Zukunft der Landwirtschaft“ in Mittelhof oder bei der Info-Veranstaltung zum Rentenkonzept der SPD in Bad Hönningen oder bei den Hausbesuchen, die ich im Zusammenhang mit dem Bürgerdialog in Wallmenroth durchgeführt habe. Und es gibt noch mehr im Angebot diese Woche: Am Samstagvormittag die Weihnachtsfeier mit Bläserquartett, Plätzchen, Glühwein und Kakao in „Sabines Galerietreff“ in der Scheidter Straße in Hamm oder der Bürgerdialog in der Innenstadt von Neuwied am Samstagnachmittag oder ein Filmabend zur Situation in Tibet am Samstagabend in der Wiedscala Neitersen ab 18 Uhr. Vielleicht sehen wir uns ja! Ich freu mich drauf!
Ich wünsche euch einen schönen 2. Advent!
Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Jugendgarantie – Für die gesamte EU einführen!

Jugend ist Zukunft. Das gilt für ganz Europa. Europa kann es sich nicht leisten, an den jungen Menschen zu sparen und eine ganze Generation zu verlieren. Die einseitigen Kürzungsprogramme haben die notleidenden Länder immer tiefer in die Rezession gerissen und die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen lassen. In Spanien und Griechenland ist mittlerweile jeder zweite Jugendliche ohne Beschäftigung, im europäischen Durchschnitt fast jeder Vierte.
Die konservativen Staats- und Regierungschefs haben lange genug tatenlos zugesehen und nichts für die junge Generation getan.
Erst auf Druck sozialdemokratischer Kräfte in Europa ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit in den Blickwinkel der Regierungschefs gerückt.
Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des sozialdemokratischen EU-Kommissars Laszlo Andor, in den Mitgliedstaaten eine so genannte Jugendgarantie einzuführen.
Diese soll den Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit eine Arbeitsstelle, Ausbildung oder ein Praktikum ermöglichen. Österreich ist europäischer Vorreiter und hat sehr gute Erfahrungen mit der Jugendgarantie gemacht.
Die Finanzierung kann teilweise aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bestritten werden. Denn gerade die notleidenden Staaten sind auf eine finanzielle Unterstützung zwingend angewiesen.
Auch deshalb muss die Bundesregierung verhindern, dass gerade dieser wichtige EU-Fördertopf gekürzt wird. SPD und Bündnis90/Die Grünen haben in den Verhandlungen zum Fiskalpakt durchgesetzt, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Einführung einer solchen Jugendgarantie einsetzt. Den Worten müssen nun endlich auch Taten folgen.
Die Bundesregierung steht deshalb in der Pflicht, das Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen und nicht auf der Bremse zu stehen.

Bürgerschaftliches Engagement

Freiwilligendienste – Das neue Gesetz ist mutlos!

Unsere Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Bundestagsfraktion möchte eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der Menschen für sich und füreinander eintreten und sich in Initiativen, Verbänden und Vereinen zusammenschließen.
In Deutschland engagieren sich 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger in über 600.000 Vereinen, aber auch in Genossenschaften, Stiftungen und anderen gemeinnützigen Organisationen für das Gemeinwohl.
Wir setzen uns für die bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland ein, auch in der Opposition. Zwei Themen, die uns im letzten Jahr besonders beschäftigt haben, waren die Freiwilligendienste sowie der Abbau bürokratischer Hürden für Engagierte. Wir wollen die Freiwilligendienste weiter ausbauen, in ihrer Vielfalt erhalten und für alle Bevölkerungsgruppen offen halten. Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes durch die Bundesregierung war chaotisch. Viele Träger leiden unter der Bürokratie. Das Familienministerium muss jetzt Verfahren vereinfachen und ein gemeinsames Dach für alle Freiwilligendienste schaffen. Es muss sichergestellt sein, dass kein Freiwilligendienstmodell gegen ein anderes ausgespielt wird. FSJ und FÖJ sind gute und etablierte Programme, die weiter bestehen müssen. Das „Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz" wurde am 8. November 2012 von der CDU/CSU in den Bundestag eingebracht und in Erster Lesung debattiert. Änderungen sind unter anderem vorgesehen in der Abgabenordnung, im Einkommenssteuergesetz, im Körperschaftssteuergesetz und im Bürgerlichen Gesetzbuch.
Darüber hinaus sollen die Übungsleiter- und die Ehrenamtspauschale erhöht werden. Für unsere Fraktion ist das Gesetz mutlos, es fehlen wichtige Bereiche und Verbesserungen wie zum Beispiel in der Insolvenzordnung, im Umsatzsteuergesetz sowie bei Grunderwerbssteuer. Wir werden entsprechende Änderungsanträge in die Beratungen im Deutschen Bundestag einbringen

Umwelt

Klimaschutz – Unsere Rolle in Doha ist blamabel!

Deutschland ist trotz seiner enormen Bedeutung in Europa zum eigentlichen Bremser im europäischen Klimaschutz geworden. Vom Vorreiter zum Blockierer mit dramatischen Fehlentscheidungen. Und das in drei Jahren schwarz-gelber Bundesregierung. Ausgerechnet zur Anreise von Umweltminister Altmaier nach Doha legt die Bundesregierung ihm Wackersteine in den Rucksack. Er kann sich noch so bemühen. Wenn es nicht zu einem abrupten Sinneswandel kommt, ist die schlechte deutsche Rolle vorgezeichnet.

Seit Jahren streiten sich das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium um höhere europäische Klimaziele und dringende Korrekturen für den dahinsiechenden Emissionshandel. Derweil verfällt der Zertifikatspreis und stürzt mittlerweile das europäische Emissionshandelssystems in eine Sinnkrise. Der italienische Umweltminister hat es bereits abgeschrieben und setzt sich stattdessen für CO_2-Steuern ein.

Wirtschaftsminister Rösler geriert sich wie ein kleiner Schuljunge, der trotzig gegen jeden Rat alle Reformen ablehnt. Aus billigem parteitaktischem Kalkül, das nicht einmal aufgeht. Dabei ruiniert er ein marktwirtschaftliches Instrumentarium. Gleichzeitig gerät auch die Haushaltsplanung zur Finanzierung der Energiewende massiv durcheinander – es droht im Bundeshaushalt eine aktuelle Unterdeckung im hohen dreistelligen Millionenbereich.

So blamabel wie bisher war die deutsche Rolle auf einer Klimakonferenz noch nie, wenn sie auch von mal zu mal schwächer geworden ist. Eigentlich ist das völlig widersinnig, weil die Regierung die deutsche Energiewende präsentieren könnte. Da sie aber selber nicht hinter der eigenen Politik steht, präsentiert sie als Ergebnis die Handlungsunfähigkeit auf offener Weltbühne und unterminiert auch noch eine fortschrittliche Rolle der Europäischen Union.

In Nairobi im Jahr 2006 hat der damalige Umweltminister Gabriel noch offensiv für das deutsche 40-prozentige CO_2-Minderungsziel geworben. Auf Bali 2007 hat die deutsche Regierung durch finanzielle Zusagen mehr Dynamik in die Verhandlungen bringen können. Ein Jahr später in Poznan musste Gabriel bereits gegen Kanzlerin Angela Merkel kämpfen, die zeitgleich in Brüssel für die Verwässerung des europäischen Emissionshandels eintrat. Bereits damals wurde offensichtlich, dass die Kanzlerin nach einer geradezu euphorischen Phase in hoher öffentlicher Aufmerksamkeit das Interesse am Klimaschutz zu verlieren schien.

Auch in Kopenhagen 2009 gab Deutschland ein mutloses Bild ab und konnte weder der EU-Position noch der Weltgemeinschaft nötige Impulse geben. Mittlerweile war Deutschland von einer mutigen Vorreiterrolle in das Spiel „wer sich zuerst bewegt, verliert“ eingestiegen. Die Mini-Erfolge von Cancún und Durban waren vor allem die Erfolge der Gastgeber Mexiko und Südafrika, die durch geschickte Bündnispolitik und kluge Verhandlungsführung ihre Möglichkeiten ausschöpften. Sollte sich in der Bundesregierung nichts Entscheidendes bewegen, kann Doha nur der schlechteste Auftritt Deutschlands auf allen Klimakonferenzen werden. Das wird auch ein engagiert auftretender Bundesumweltminister nicht kaschieren können. Das liegt schlichtweg daran, dass Minister Altmaier die Hände gebunden sind.

Die Kanzlerin höchstpersönlich lässt ihn im Regen stehen.

Bonbon

„Das ganze ist demokratiehygienisch problematisch“

(Franz Müntefering, SPD)
zum Verfahren von Merkel zur Griechenlandhilfe

Gesundheit

Pflege – Angehörige sind besonders belastet!

Die neue Studie des Allensbach-Instituts zeigt: vor allem Angehörige kümmern sich um Pflegebedürftige. Die Mehrzahl von ihnen sind Frauen, die durch ihr Engagement Einbußen bei Lohn- und Rente hinnehmen müssen. Angehörige tragen die Hauptlast der Pflege in Deutschland und müssen endlich besser unterstützt werden. Die Regierung hat weder mit Bahrs Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) noch mit dem Familienpflegegesetz von Kristina Schröder etwas für die Angehörigen getan. Das Familienpflegegesetz ist ein zahnloser Tiger ohne gesetzlichen Anspruch und Lohnausgleich. Das PNG enthält überhaupt keine Maßnahmen für Angehörige. Schon kleine und kurzfristige Maßnahmen können pflegenden Angehörigen helfen.

Sie brauchen eine kurzzeitig bezahlte Freistellung von bis zu zehn Tagen sowie Lohnersatz für eine mindestens sechs monatige flexible Pflegezeit mit gesetzlichem Anspruch. Pflegende Angehörige müssen umfassend und aufsuchend Beratung und Anleitung zur Bewältigung der Betreuungs- und Pflegeaufgaben erhalten. Sie brauchen zudem mehr Unterstützung für kleinere Auszeiten durch erweiterte Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Für die Begleitung von sterbenden Angehörigen muss es einen gesonderten Freistellungsanspruch mit Lohnersatzleistung geben.

Finanzen

Steuerhinterziehung – Das sollte niemandem gelingen!

Die aktuellen Ermittlungen gegen UBS-Kunden wegen Steuerhinterziehung machen es deutlich. Unsere harte Linie gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz ist richtig. Lieber kein Abkommen als dieses Abkommen. Denn wenn es nach den Befürwortern des Steuerabkommens mit der Schweiz ginge, dann könnten deutsche Steuerhinterzieher wieder ruhig schlafen. Für kleines Geld verblieben ihre großen Vermögen in der Anonymität.

Gleichzeitig hätten sie keinen weiteren Ankauf von Steuer-CDs zu fürchten. Und trotz aller Nachbesserungen bliebe das Auskunftsrecht der deutschen Finanzverwaltung sehr eingeschränkt. Unsere Linie in dieser Frage ist eindeutig: Das endgültige Scheitern des von Minister Schäuble so schlecht verhandelten Abkommens macht den Weg frei für einen neuen Anlauf. Das realistische Ziel dabei muss eine erweiterte EU-Zinsrichtlinie und der automatische Informationsaustausch sein.

In eigener Sache

Film über Tibet – Kommt in die Wied-Scala Neitersen!

Ich lade euch ganz herzlich zu einem Tibet-Abend nach Neitersen in die Wied-Scala ein. Dort wird vom Tibet-Gesprächskreis ein sehr eindrucksvoller Film über Tibet gezeigt. Es gibt auch tibetische Speisen und Getränke. Tibet braucht dringend unsere Solidarität!

Samstag, den 08.12.12 ab 18.00 Uhr.

Bringt noch weitere Unterstützer mit!!!!

Termine

08.12.12	**11.00 Uhr**	**Weihnachtstreff SPD Hamm**
	14.00 Uhr	**Bürgerdialog SPD NR**
	18.00 Uhr	**Tibet-Gesprächskreis AK Film Wied-Scala Neitersen**
09.12.12	**ganztags**	**Bundesparteitag Hannover**
10.12.12	**ganztags**	**AG Finanzen in Brüssel**
11.12.12	**ganztags**	**AG Finanzen in Brüssel**
12.12.12 – 14.12.12		**Sitzungswoche in Berlin**